

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der EG-Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm – Drucksache 15/3782 –

Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates

Die Bundesregierung nimmt zu den Vorschlägen des Bundesrates wie folgt Stellung:

Zu Nummer 1 (Zum Gesetzentwurf insgesamt)

Eine konzeptionelle Neuausrichtung des Gesetzentwurfs unter Berücksichtigung der angesprochenen Eckpunkte ist nicht erforderlich.

- Bei dem Gesetzentwurf handelt es sich bereits weitestgehend um eine 1:1-Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie. Soweit bei der Umsetzung in einzelnen Punkten eine Konkretisierung und Weiterführung erfolgt, ist dies im Hinblick auf eine sinnvolle und praktikable Einbettung des Regelungsgehalts der Richtlinie in deutsches Recht angezeigt.
 - Die Regelungen zur Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nach den §§ 47g bis 47j des Gesetzentwurfs folgen im Grundsatz den bewährten Regelungen des BauGB, denen ebenso wie der Umgebungslärmrichtlinie das Modell einer mehrphasigen Beteiligung zugrunde liegt. Im Vergleich zum BauGB sind die Regelungen allerdings schon erheblich um rechtsförmliche Anforderungen sowie um Details reduziert, um dem Rechtscharakter der Lärminderungsplanung Rechnung zu tragen.
 - Die Regelung zur Strategischen Umweltprüfung nach § 47k des Gesetzentwurfs führt nicht zu einer Verschärfung und Verfahrensverdoppelung, sondern zu einer Entlastung für den Vollzug. Die Durchführung einer Strategischen Umweltprüfung bei bestimmten Lärminderungsplänen ist europarechtlich vorgegeben. Durch die Regelung werden für diese Lärminderungspläne Vereinfachungen für die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung sowie für die Überwachung geschaffen, die den Spezifika der Lärminderungsplanung entsprechen. Eine Streichung der Regelung würde die Vereinfachungen zunichte machen.
 - Das Gesetz muss den organisationsrechtlichen Rahmen für die Durchführung der Strategischen Lärmkartierung und Lärminderungsplanung sicherstellen. Vor dem Hintergrund der erforderlichen Berichterstattung an die Europäische Kommission gilt dies insbesondere auch für die vorgesehenen Mitteilungspflichten der Behörden, die im bundesstaatlichen Gefüge nicht lediglich dem fachlichen Regelwerk überlassen bleiben sollten. Ein Verzicht auf derartige Regelungen würde die Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie gefährden.
 - Die Zuständigkeitsregelungen des § 47n des Gesetzentwurfs entsprechen der Kompetenzordnung des Grundgesetzes. Eine „verfassungsrechtliche Gesamtverantwortung der Länder für den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes“ gibt es nicht. Schon derzeit wird nach geltendem Recht eine Reihe von Aufgaben in bundesunmittelbarer Verwaltung oder in Bundesauftragsverwaltung durchgeführt (z. B. die strukturell mit der Lärminderungsplanung vergleichbaren Aufgaben für Bundeseisenbahnen und Bundesfernstraßen nach der Verkehrslärmschutzverordnung – 16. BImSchV).
 - Die Verordnungsermächtigung des § 47p Abs. 1 des Gesetzentwurfs genügt dem Bestimmtheitsgebot, da mit der Bezugnahme auf die Umgebungslärmrichtlinie deren Regelungsgehalt zum Regelungsgehalt der Verordnungsermächtigung wird und durch diesen Regelungsgehalt den Anforderungen des Bestimmtheitsgebots Genüge getan wird. Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung sind dadurch bestimmt; die Umgebungslärmrichtlinie ist insoweit hinreichend konkret und unbedingt gefasst. Zusammen mit der Ermächtigung nach Absatz 2 des § 47p sind die Voraussetzungen gegeben, um die weitere Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie sinnvoll und praktikabel auf untergesetzlicher Ebene zu regeln.
- Die in der Verordnungsermächtigung enthaltene Öffnungsklausel (§ 47p Abs. 3) ermöglicht den Ländern, durch abweichende oder ergänzende Regelungen landes-

spezifische Belange im Hinblick auf die Aufstellung von Strategischen Lärmkarten und Lärminderungsplänen z. B. bei Landesstraßen in bestimmter Weise zum Tragen bringen zu können. Eine Steuerung der Landesverwaltung durch Verwaltungsvorschrift ist nämlich insoweit nur möglich, wie die vorgesehene Verordnung zur Strategischen Lärmkartierung und Lärminderungsplanung dafür Raum gibt. Eine Streichung der Öffnungsklausel würde diese Möglichkeit verschütten. Zugleich kommt die Öffnungsklausel Bestrebungen der Länder in der Bundesstaatskommission entgegen, gerade im Bereich Lärmbekämpfung Regelungskompetenzen zu erhalten.

- Die Regelungen zur Örtlichen Lärmkartierung und Lärminderungsplanung nach den §§ 47a und 47d sind weiterhin erforderlich, damit auch den Gemeinden, die nicht unter die Umgebungslärmrichtlinie fallen, ein geeignetes Instrumentarium zur Verfügung steht, das entsprechende Kartierungs- und Planungspflichten enthält sowie geeignete Rechtswirkungen vermittelt. Eine Streichung dieser Regelungen würde einen Einbruch in den Standard des deutschen Lärmschutzrechts bedeuten.
- Nicht erst der Gesetzentwurf, sondern schon die Umgebungslärmrichtlinie lässt aufgrund ihrer umfangreichen Regelungen die materiellen Anforderungen und auch die Kostenfolgen erkennen. Eine Konkretisierung von Richtlinie und Gesetz kann erst auf untergesetzlicher Ebene erfolgen. Das vorgesehene untergesetzliche Regelwerk, in dessen Erarbeitung die Länder bereits auf Fachebene eingebunden sind, soll so schnell wie möglich erlassen werden.
- Der Gesetzentwurf nutzt bereits von der Umgebungslärmrichtlinie belassene Spielräume zur Reduzierung von Verwaltungsaufwand und Kosten. Im Rahmen des untergesetzlichen Regelwerks mit den materiellen Anforderungen an die Strategische Lärmkartierung und Lärminderungsplanung können weitere Spielräume genutzt werden. Im Ergebnis ist damit ein sinnvolles Kosten-Nutzen-Verhältnis gewahrt.
- Die Kostentragung der Strategischen Lärmkartierung und der Lärminderungsplanung bestimmt sich nach den finanzverfassungsrechtlichen Vorschriften.

Dem Vorschlag zur konzeptionellen Neuausrichtung des Gesetzentwurfs wird nicht gefolgt.

Zu Nummer 2 (§ 2 Abs. 2 Satz 1)

Der Vorschlag wird übernommen.

Zu Nummer 3 (§ 32 Abs. 1 Satz 1)

Die Änderung des § 32 Abs. 1 Satz 1 BImSchG steht zwar nicht in einem rechtlichen Zusammenhang mit der Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie; sie steht damit aber in einem regelungstechnischen Zusammenhang. Die Streichung von Nummer 3 würde die Durchführung eines eigenständigen Gesetzgebungsverfahrens zur Schließung der vorhandenen Regelungslücke erforderlich machen, da die Lückenschließung zwingende Voraussetzung für den Erlass eines untergesetzlichen Regelwerkes hinsichtlich aller schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des § 3 BImSchG ist. Ein eigenständiges Gesetzesvorhaben allein zur Änderung

des § 32 Abs. 1 Satz 1 BImSchG ist aus verfahrensökonomischen Gründen abzulehnen.

Dem Vorschlag wird nicht gefolgt.

Zu Nummer 4 (§ 47 Oa – neu –)

Eine bloße Bezugnahme auf die Begriffsbestimmungen der Umgebungslärmrichtlinie würde keine größere Klarheit über Aufgabe und Kontext des neuen Sechsten Teils des Gesetzes geben als die Begrifflichkeiten der Richtlinie selbst, die in dem Gesetzentwurf verwendet werden und die sich vor dem Hintergrund der Richtlinie verstehen. Insoweit würde die Bezugnahme nicht weiterführen; sie würde darüber hinaus nicht den üblichen Formen deutscher Richtlinienumsetzung entsprechen. Ferner bedarf es teilweise einer Konkretisierung der Begriffsbestimmungen, so dass eine bloße Bezugnahme auch nicht ausreichend wäre. Aufgrund ihres großen Umfangs sollen die Begriffsbestimmungen einheitlich in der nach § 47p des Gesetzentwurfs vorgesehenen Rechtsverordnung vorgenommen werden.

Dem Vorschlag wird nicht gefolgt.

Zu Nummer 5 (§§ 47a und 47d)

Die Regelungen zur Örtlichen Lärmkartierung und Lärminderungsplanung nach den §§ 47a und 47d des Gesetzentwurfs sind weiterhin erforderlich, damit auch den Gemeinden, die nicht unter die Umgebungslärmrichtlinie fallen, ein geeignetes Instrumentarium zur Verfügung steht, das entsprechende Kartierungs- und Planungspflichten enthält sowie geeignete Rechtswirkungen vermittelt. Eine Streichung dieser Regelungen würde einen Einbruch in den Standard des deutschen Lärmschutzrechts bedeuten.

Dem Vorschlag wird nicht gefolgt.

Zu Nummer 6 (§ 47b Abs. 1)

Die vorgeschlagene Änderung des Absatzes 1 von § 47b des Gesetzentwurfs ist nicht geeignet, eine Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie in deutsches Recht zu bewirken, die ihren Anforderungen Rechnung trägt. Der Vorschlag weist ein erhebliches Umsetzungsdefizit auf. So wird mit den vorgesehenen Schwellenwerten lediglich die erste Stufe der Strategischen Lärmkartierung angesprochen. Ferner wird die Kartierung bei den Hauptverkehrsstraßen, Haupteisenbahnstrecken und Hauptverkehrsflughäfen nicht in ein Konzept gebracht, das das Verhältnis zur Kartierung in den Ballungsräumen deutlich macht. Soweit es um Industrie- und Gewerbeanlagen geht, die als sonstige Hauptlärmquellen in Ballungsräumen der Kartierung unterliegen, fehlt es in dem Vorschlag an jeglicher Umsetzung. Insoweit bedarf es des in § 47b Abs. 1 des Gesetzentwurfs enthaltenen Verweises auf die Rechtsverordnung nach § 47p, mit der eine Auswahl unter den Anlagen im Sinne des § 3 BImSchG getroffen werden kann, die in besonderer Weise geeignet sind, Umgebungslärm hervorzurufen.

Dem Vorschlag wird nicht gefolgt.

Zu Nummer 7 (§ 47b Abs. 2)

Die vorgeschlagene Änderung des Absatzes 2 von § 47b des Gesetzentwurfs läuft einer kohärenten Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie zuwider. Da „bedeutsame Entwick-

lungen“ für die Lärmsituation nach Artikel 8 Abs. 5 der Richtlinie und nach der entsprechenden Regelung in § 47e Abs. 2 des Gesetzentwurfs Veranlassung für die Überprüfung von Lärminderungsplänen sind und da nach Artikel 7 Abs. 5 der Richtlinie Strategische Lärmkarten mindestens alle fünf Jahre zu überprüfen sind, entspricht es dieser „Mindest“-Regelung, statt einer engeren Überprüfungsfrist auf eine besondere Veranlassung zur Überprüfung abzustellen, die nur in bedeutsamen Entwicklungen für die Lärmsituation bestehen kann.

Dem Vorschlag wird nicht gefolgt.

Zu Nummer 8 (§ 47b Abs. 3 bis 5)

Die vorgeschlagene Streichung der Absätze 3 bis 5 von § 47b des Gesetzentwurfs ist nicht vereinbar mit der erforderlichen Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie in deutsches Recht. Absatz 3 zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Strategischen Lärmkartierung dient der Umsetzung von Artikel 7 Abs. 4 der Richtlinie. Die Absätze 4 und 5 dienen in Verbindung mit § 47n Abs. 1 Nr. 2 der Umsetzung von Artikel 7 Abs. 1 und 2 sowie von Artikel 10 Abs. 2 der Richtlinie, indem im Verhältnis zwischen Bund und Ländern durch Mitteilungspflichten der obersten Landesbehörden gegenüber dem jeweils zuständigen Bundesministerium die innerstaatlichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Bundesrepublik Deutschland ihren Berichtspflichten gegenüber der Europäischen Kommission nachkommen kann.

Dem Vorschlag wird nicht gefolgt.

Zu Nummer 9 (§ 47b)

Die geforderte Bereitstellung eines zentralen Datenmodells für Geländeoberfläche, Bebauung etc. durch die Bundesregierung verkennt, dass die Kompetenzen für Kartographie und Geodäsie und somit die Bereitstellung geographischer Daten grundsätzlich den Ländern obliegt. So sind insbesondere die Landesvermessungsämter nach den entsprechenden Landesgesetzen für die Erneuerung, Verdichtung und Überwachung des Lage- und Höhenfestpunktfeldes zuständig. Dieses Netz bildet die Grundlage für die weiteren Arbeiten der nachgeordneten Dienststellen und des öffentlichen sowie privaten Vermessungswesens. Seitens des Bundes werden momentan die in den Ländern vorliegenden Geländedaten beim Bundesamt für Kartographie und Geodäsie gesammelt und dort zu einem ersten bundesweiten digitalen Geländemodell zusammengeführt. Soweit möglich, wird dieses Geländemodell im Rahmen der vorgesehenen Verordnung nach § 47p berücksichtigt. Weitere für die Kartierung benötigte Daten wie z.B. Gebäudedaten liegen bei den Kommunen in den amtlichen Liegenschaftskatastern und nicht beim Bund vor. Ebenso sind Einwohnerdaten nicht zentral verfügbar; diese müssen den jeweiligen Katastern der Einwohnermeldeämter entnommen werden.

Zu Nummer 10 (§ 47c Abs. 1 Satz 1)

Die vorgeschlagene Änderung des Satzes 1 von § 47c Abs. 1 des Gesetzentwurfs geht an dem Anliegen vorbei, nicht nur für die Strategische Lärmkartierung nach § 47b, sondern auch für die Örtliche Lärmkartierung nach § 47a des Gesetzentwurfs die gesetzlichen Voraussetzungen zu

schaffen, damit von Unternehmen und Betreibern die für die Kartierung erforderlichen Daten zur Verfügung gestellt werden. Anstelle der Wörter „Strategischen Lärmkarten“ in dem Änderungsvorschlag sollte daher die Angabe „Lärmkarten nach den §§ 47a und 47b“ eingefügt werden.

Der Vorschlag wird mit obiger Maßgabe übernommen.

Zu Nummer 11 (§ 47c Abs. 2)

Dem Anliegen des Vorschlags ist bereits entsprochen, da aufgrund der Rechtsverordnungsermächtigung des § 47p Abs. 2 Nr. 6 des Gesetzentwurfs auf Verordnungsebene formale und technische Anforderung an die Lieferung von Daten geregelt werden können.

Dem Vorschlag wird nicht gefolgt.

Zu Nummer 12 (§ 47c Abs. 3)

Die vorgeschlagene Änderung des Absatzes 3 von § 47c des Gesetzentwurfs geht an dem Anliegen vorbei, nicht nur für die Strategische Lärmkartierung nach § 47b, sondern auch für die Örtliche Lärmkartierung nach § 47a des Gesetzentwurfs die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit von anderen Behörden die für die Kartierung erforderlichen Daten zur Verfügung gestellt werden. Anstelle der Wörter „Strategischen Lärmkarten“ in dem Änderungsvorschlag sollte daher die Angabe „Lärmkarten nach den §§ 47a und 47b“ eingefügt werden.

Im Übrigen ist dem Anliegen des Vorschlags teilweise bereits entsprochen, da aufgrund der Rechtsverordnungsermächtigung des § 47p Abs. 2 Nr. 6 des Gesetzentwurfs auf Verordnungsebene formale und technische Anforderung an die Lieferung von Daten geregelt werden können. Die Wörter „nach Art und Umfang der Rechtsverordnung nach § 47p entsprechend“ sollten daher gestrichen werden.

Der Vorschlag wird mit obigen Maßgaben übernommen.

Zu Nummer 13 (§ 47e Abs. 3 Satz 1)

Die vorgeschlagene Änderung des § 47e Abs. 3 Satz 1 des Gesetzentwurfs entspricht nicht der Umgebungslärmrichtlinie, der es schon ausweislich ihrer offiziellen Bezeichnung um die Bekämpfung von Umgebungslärm geht, und nicht nur um eine Bekämpfung seiner schädlichen Auswirkungen. Auch nach Artikel 1 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe c der Richtlinie setzen die Maßnahmen schon bei der Verhinderung und Verminderung von Umgebungslärm an. Eine Bekämpfung nur der schädlichen Auswirkungen würde zu kurz greifen.

Die vorgeschlagene Streichung des Wortes „schutzwürdigen“ in § 47e Abs. 3 Satz 1 des Gesetzentwurfs stellt keine Vereinfachung dar, weil die Schutzwürdigkeit von ruhigen Gebieten nicht ohne weiteres aus der Begriffsbestimmung in Artikel 3 der Umgebungslärmrichtlinie hervorgeht. Im Übrigen sollen die Begriffsbestimmungen der Richtlinie auch erst durch die in § 47p des Gesetzentwurfs vorgesehene Rechtsverordnung konkretisierend in deutsches Recht umgesetzt werden, so dass hier der Hinweis auf die Richtlinie nicht weiterführt.

Dem Vorschlag wird nicht gefolgt.

Zu Nummer 14 (§ 47e Abs. 3 Satz 2)

Die vorgeschlagene Streichung des Satzes 2 von § 47e Abs. 3 des Gesetzentwurfs läuft dem Anliegen zuwider, den Gemeinden im Rahmen des bundesrechtlichen Instrumentariums der Lärminderungsplanung die Befugnis zu erhalten, neben den Planungsbeiträgen beteiligter Planungsträger auch weitergehende Lärminderungsziele im Rahmen der kommunalen Planung zu verfolgen. Diese Befugnis soll der besonderen Situation der Gemeinden Rechnung tragen, die einerseits im behördlichen Gesetzesvollzug den Planungsvorgaben der Fachgesetze entsprechen müssen und die andererseits der politischen Willensbildung gegenüber ihren Bürgern verpflichtet sind.

Dem Vorschlag wird nicht gefolgt.

Zu Nummer 15 (§ 47e Abs. 3 Satz 3)

Die vorgeschlagene Streichung des Satzes 3 von § 47e Abs. 3 des Gesetzentwurfs läuft dem Anliegen zuwider, für die Lärminderungsplanung bei Verkehrsflughäfen deutlich zu machen, dass die Schutzziele des Fluglärmschutzgesetzes (in der Fassung des Novellierungsentwurfs – Referententwurf vom 22. Juni 2004) und des Luftverkehrsgesetzes ausreichend sind, weitergehende Lärminderungspläne jedoch in das Ermessen der zuständigen Behörde gestellt sind.

Dem Vorschlag wird nicht gefolgt.

Zu Nummer 16 (§ 47e Abs. 5)

Die vorgeschlagene Streichung des Absatzes 5 von § 47e des Gesetzentwurfs ist nicht vereinbar mit der erforderlichen Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie in deutsches Recht. Absatz 5 dient in Verbindung mit § 47n Abs. 1 Nr. 4 der Umsetzung von Artikel 10 Abs. 2 der Richtlinie, indem im Verhältnis zwischen Bund und Ländern durch Mitteilungspflichten der obersten Landesbehörden gegenüber dem jeweils zuständigen Bundesministerium die innerstaatlichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Bundesrepublik Deutschland ihren Berichtspflichten gegenüber der Europäischen Kommission nachkommen kann.

Dem Vorschlag wird nicht gefolgt.

Zu Nummer 17 (§ 47f)

Die vorgeschlagene Streichung des § 47f des Gesetzentwurfs läuft der Strategie der Bundesregierung für eine nachhaltige Entwicklung (Perspektiven für Deutschland, Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, April 2002) entgegen. Die Bundesregierung hat in ihrer Strategie für eine nachhaltige Entwicklung die Verringerung der Lärmbelastung unter den konkreten Zielen einer nachhaltigen Verkehrspolitik genannt, die nach dem derzeitigen Erkenntnisstand erreichbar und auch als ökonomisch und sozial vertretbar eingeschätzt werden (S. 124 ff., 126, 132).

Die in § 47f vorgesehene Regelung zu Zielen der Lärminderungsplanung dient der Umsetzung der Strategie für eine nachhaltige Entwicklung und verfolgt das Anliegen eines hohen Gesundheits- und Umweltschutzniveaus. Da die durch den Straßen-, Schienen- und Flugverkehr verursachte Lärmbelastung nach wie vor hoch ist und sich fast zwei Drittel der Bevölkerung durch den Straßenverkehrslärm, etwa ein Viertel durch den Schienenverkehrslärm und ein

Drittel durch den Fluglärm belästigt fühlen (Umweltbundesamt, Jahresbericht 2000, S. 129 f.), ist gerade angesichts dessen, dass die Umgebungslärmrichtlinie den Mitgliedstaaten keine verbindlichen Vorgaben für die inhaltliche Durchführung der Lärminderungsplanung macht, insbesondere keine Grenzwerte und keine bestimmten Maßnahmen zur Bekämpfung des Umgebungslärms vorschreibt, eine Zielvorgabe für die Lärminderungsplanung erforderlich und zweckmäßig.

Dem Vorschlag wird nicht gefolgt.

Zu Nummer 18 (§ 47g)

Die geforderte Streichung des § 47g des Gesetzentwurfs widerspricht der Umgebungslärmrichtlinie. Die Regelung zur Prüfung des Planungserfordernisses dient zum einen der unmittelbaren Umsetzung von Artikel 8 Abs. 7 der Richtlinie. Danach ist eine Öffentlichkeitsbeteiligung bei der behördlichen Überprüfung notwendig, ob Lärminderungspläne für die Umgebung von Hauptverkehrsstraßen, Haupteisenbahnstrecken und Hauptverkehrsflughäfen sowie von sonstigen Hauptlärmquellen in den Ballungsräumen aus besonderem Anlass oder spätestens fünf Jahre nach ihrer Aufstellung einer Überarbeitung bedürfen. Zum anderen entspricht die Regelung im Hinblick auf die erstmalige Aufstellung von Lärminderungsplänen dem Grundgedanken von Artikel 8 Abs. 7 der Richtlinie. Wenn schon eine Beteiligung bei der Überprüfung der Erforderlichkeit einer Überarbeitung notwendig ist, muss dies erst recht im Vorfeld gelten, wo es um die Prüfung der Erforderlichkeit der erstmaligen Aufstellung eines Lärminderungsplans geht. Alternativ wären für alle Hauptverkehrsstraßen, Haupteisenbahnstrecken und Hauptverkehrsflughäfen sowie alle sonstigen Hauptlärmquellen in den Ballungsräumen Verfahren zur Aufstellung von Lärminderungsplänen einzuleiten, so dass erst im Aufstellungsverfahren unter Beteiligung der Öffentlichkeit zu entscheiden wäre, ob überhaupt Maßnahmen zur Bekämpfung des Umgebungslärms erforderlich sind. Derartige Aufstellungsverfahren können durch ein Vorverfahren vermieden werden, das die Prüfung des Planungserfordernisses zum Gegenstand hat.

Dem Vorschlag wird nicht gefolgt.

Zu Nummer 19 (§§ 47h, 47i und 47j)

Die vorgeschlagene Änderung mit weitreichenden Streichungen bei den Regelungen zur Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nach den §§ 47h, 47i und 47j des Gesetzentwurfs widerspricht den Vorgaben der Umgebungslärmrichtlinie, die eine effektive und mehrphasige Beteiligung bei der Aufstellung und Überprüfung von Lärminderungsplänen sichergestellt wissen will. Die Regelungen der §§ 47h, 47i und 47j folgen im Grundsatz den bewährten Regelungen des BauGB, die ebenso wie die Umgebungslärmrichtlinie von einer Mehrphasigkeit der Beteiligung ausgehen. Im Vergleich zum BauGB sind die Regelungen allerdings schon erheblich um rechtsförmliche Anforderungen sowie um Details reduziert, um dem Rechtscharakter der Lärminderungsplanung Rechnung zu tragen. Entsprechende Regelungen auf Verordnungsebene würden nicht der Bedeutung der Regelungen entsprechen. Nicht nur im BauGB, sondern auch im VwVfG, UVPfG, FStRG, AEG, LuftVG und nicht

zuletzt in § 10 BImSchG erfolgen solche Regelungen auf formalgesetzlicher Ebene.

Dem Vorschlag wird nicht gefolgt.

Zu Nummer 20 (§ 47k)

Die vorgeschlagene Streichung des § 47k des Gesetzentwurfs zur Strategischen Umweltprüfung bei Lärminderungsplänen läuft dem Anliegen zuwider, bei der Durchführung von Strategischen Umweltprüfungen zu Vereinfachungen und Entlastungen für den Vollzug zu kommen, die der Lärminderungsplanung angemessen sind. Die Regelung verweist auf das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG in der Fassung des Entwurfs der Bundesregierung für ein Gesetz zur Einführung einer Strategischen Umweltprüfung – SUP-Gesetz, Bundesratsdrucksache 588/04), mit dem die Vorgaben der Richtlinie 2001/42/EG (SUP-Richtlinie) umgesetzt werden sollen. Dieser Gesetzentwurf geht davon aus, dass für Lärminderungspläne, die einen Rahmen für UVP-pflichtige Vorhaben setzen, eine Strategische Umweltprüfung nach den Anforderungen der SUP-Richtlinie durchzuführen ist. Die Europäische Kommission hat durch Schreiben vom 19. Juli 2004 an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (ENV.D.3/DA/cro D (2004) 531456) bestätigt, dass von der SUP-Richtlinie nicht nur Pläne und Programme erfasst sind, die nachteilige Umweltauswirkungen haben. Soweit eine Strategische Umweltprüfung erforderlich ist, kann diese auch nicht durch Prüfungen in anderen Planungen ersetzt werden. Dies würde zu einer EG-rechtswidrigen Umsetzung der SUP-Richtlinie führen. Durch die besondere Regelung in § 47k wird die befürchtete Verfahrensverdopplung vermieden. Die Regelung sieht im Übrigen nicht originär die Verpflichtung zur Durchführung von Strategischen Umweltprüfungen bei Lärminderungsplänen vor. Vielmehr werden allein Vereinfachungen für die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung sowie für die Überwachung geregelt, die den Spezifika der Lärminderungsplanung entsprechen. Auch ansonsten ist es fachlich sinnvoll, außerhalb des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG in der Fassung des Entwurfs der Bundesregierung für ein Gesetz zur Einführung einer Strategischen Umweltprüfung – SUP-Gesetz, Bundesratsdrucksache 588/04) fachspezifische Anforderungen an die Umweltverträglichkeitsprüfung oder die Strategische Umweltprüfung zu regeln (siehe § 10 Abs. 10 BImSchG, §§ 1 ff. der 9. BImSchV; siehe auch die Ergänzungen des BauGB durch das EAG Bau vom 24. Juni 2004). Eine Streichung der Regelung würde die Vereinfachungen zunichte machen.

Dem Vorschlag wird nicht gefolgt.

Zu Nummer 21 (§ 47m)

Die vorgeschlagene Streichung des § 47m des Gesetzentwurfs zur Information der Öffentlichkeit läuft der Umgebungslärmrichtlinie zuwider, die in Artikel 9 Abs. 1 und 2 eine spezifische Regelung zur passiven und aktiven Information über Lärmkarten und Lärminderungspläne trifft und die insoweit eine Umsetzung in nationales Recht sichergestellt wissen will. Daneben dienen die allgemeinen Vorschriften des Bundes und der Länder über den Zugang zu Umweltinformationen der Regelung von Zugangsmodalitäten.

Dem Vorschlag wird nicht gefolgt.

Zu Nummer 22 (§ 47n)

Die vorgeschlagene Neufassung des § 47n des Gesetzentwurfs zu den zuständigen Behörden geht von der unzutreffenden Auffassung aus, die Zuständigkeitsregelungen des Gesetzentwurfs entsprächen nicht der Kompetenzordnung des Grundgesetzes. Eine verfassungsrechtliche „Letztverantwortung“ der Länder für den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes gibt es nicht. Schon derzeit wird eine Reihe von Aufgaben in bundesunmittelbarer Verwaltung oder in Bundesauftragsverwaltung durchgeführt (z. B. die strukturell mit der Lärminderungsplanung vergleichbaren Aufgaben für Bundeseisenbahnen und Bundesfernstraßen nach der Verkehrslärmschutzverordnung – 16. BImSchV). Insbesondere entspricht eine Unterstellung des Eisenbahn-Bundesamtes unter die Aufsicht durch die oberste für Immissionsschutz zuständige Landesbehörde nicht der Kompetenzordnung des Grundgesetzes.

Dem Vorschlag wird nicht gefolgt.

Zu Nummer 23 (§ 47p Abs. 1)

Die vorgeschlagene Streichung der Verordnungsermächtigung des Absatzes 1 von § 47p des Gesetzentwurfs geht von der unzutreffenden Auffassung aus, die Verordnungsermächtigung genüge nicht dem Bestimmtheitsgebot. Dabei wird übersehen, dass mit der Bezugnahme auf die Umgebungslärmrichtlinie deren Regelungsgehalt zum Regelungsgehalt der Verordnungsermächtigung wird und durch diesen Regelungsgehalt den Anforderungen des Bestimmtheitsgebots Genüge getan wird. Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung sind dadurch bestimmt; die Umgebungslärmrichtlinie ist insoweit hinreichend konkret und unbedingte gefasst.

Dem Vorschlag wird nicht gefolgt.

Zu Nummer 24 (§ 47p Abs. 2 Nr. 1, 5, 9 und 14)

Die vorgeschlagene Streichung der Nummern 1, 5, 9 und 14 der Verordnungsermächtigung des § 47p Abs. 2 des Gesetzentwurfs läuft den Erfordernissen zuwider, auf Verordnungsebene bestimmte Verfahrensregelungen zu treffen, die einer effektiven Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie in deutsches Recht dienen sollen. Entsprechendes gilt für bestimmte Überwachungsregelungen, soweit es sich bei Lärminderungsplänen um SUP-pflichtige Pläne handelt.

Dem Vorschlag wird nicht gefolgt.

Zu Nummer 25 (§ 47p Abs. 2 Nr. 4)

Der Vorschlag wird mit der Maßgabe übernommen, dass anstelle des Wortes „Lärmquellen“ das Wort „Hauptlärmquellen“ eingefügt wird.

Zu Nummer 26 (§ 47p Abs. 3)

Die in der Verordnungsermächtigung enthaltene Öffnungsklausel nach § 47p Abs. 3 des Gesetzentwurfs ermöglicht den Ländern, durch abweichende oder ergänzende Regelungen landesspezifische Belange im Hinblick auf die Aufstellung von Strategischen Lärmkarten und Lärminderungsplänen z. B. bei Landesstraßen in bestimmter Weise zum Tragen bringen zu können. Eine Steuerung der Landesverwaltung durch Verwaltungsvorschrift ist nämlich insoweit

nur möglich, wie die vorgesehene Verordnung zur Strategischen Lärmkartierung und Lärminderungsplanung dafür Raum gibt. Die vorgeschlagene Streichung der Öffnungsklausel würde diese Möglichkeit verschütten. Zugleich kommt die Öffnungsklausel Bestrebungen der Länder in der Bundesstaatskommission entgegen, gerade im Bereich Lärmbekämpfung Regelungskompetenzen zu erhalten.

Dem Vorschlag wird nicht gefolgt.

